

SPD-Steuer- ideologie:

- finanzpolitisch unsolide
- ökonomisch unseriös
- beschäftigungspolitisch ungerecht

Einleitung

Deutschland braucht angesichts von rund vier Millionen arbeitsloser Menschen eine große Steuerreform, die ihren Namen auch verdient. Sie muß einen Beitrag leisten, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer investitions- und beschäftigungsfreundlicher umzugestalten. Die von der CDU-geführten Bundesregierung vorgelegte große Steuerreform ist klar, verlässlich, seriös durchgerechnet und sozial gerecht. Wir wollen damit an die erfolgreiche Steuerpolitik in den achtziger Jahren anknüpfen. Die Ergebnisse von damals: mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, sinkende Lasten und sanierte öffentliche Haushalte. Die Steuern müssen zugleich für die Bürger netto spürbar sinken. Kaufkraft und Wirtschaft müssen so gestärkt werden.

Die CDU steht für eine umfassende und grundlegende Reform von Einkommen- und Körperschaftsteuer. Attraktive steuerliche Rahmenbedingungen sind unverzichtbar, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu fördern und die Leistungsbereitschaft zu stärken. Dreh- und Angelpunkt ist die durchgehende Senkung der Steuersätze für alle Steuerzahler. Denn sie sind zu hoch und leistungsfeindlich. Sie verhindern Investitionen und gefährden damit Arbeitsplätze. Der neue Eingangsteuersatz soll künftig 15 Prozent statt bisher fast 26 Prozent betragen – das ist nahezu eine Halbierung. Der neue Höchstsatz soll statt 53 Prozent dann nur noch 39 Prozent betragen. Dies sind immerhin 14 Prozentpunkte weniger.

Zugleich wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland nachhaltig verbessern, damit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Der Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte soll von 47 Prozent auf 35 Prozent gesenkt werden. Auch der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne soll künftig 35 Prozent betragen. Der Ausschüttungssatz soll von 30 auf 25 Prozent gesenkt werden, um Deutschland für ausländische Investoren attraktiver zu machen.

Nierigere Steuersätze sind aber ohne den weitgehenden Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen bei allen Einkunftsarten nicht zu haben. Nur so kann die Differenz zwischen Brutto und Netto deutlich geringer werden. Steuerge-
staltung, Steuervermeidung und Schattenwirtschaft werden zugleich unattraktiv. Weniger steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen machen das Steuerrecht einfacher und gerechter. Bei niedrigen Steuersätzen und weniger Ausnahmen haben gerade diejenigen Steuerzahler, die nicht mit Steuersparmodellen jonglieren können, die größten Vorteile. Niedrigere Steuersätze bei breiterer Bemessungsgrundlage stärken die Steuerbasis. Niedriger – einfacher – gerechter sind damit Kennzeichen eines modernen Steuersystems.

Wir haben in den Vermittlungsverfahren mehrfach unsere Kompromißbereitschaft unter Beweis gestellt. Die SPD war dagegen nicht bereit, auf die an sie gerichteten grundlegenden Fragen eine klare und verlässliche Antwort zu geben. Sie hat statt dessen laufend neue Barrieren aufgebaut. Aus reiner Wahltaktik hat die SPD die große Steuerreform zu Lasten von Arbeitnehmern und Arbeitslosen blockiert. Wir werden sie daher nach unserem Wahlsieg erneut in den Bundestag einbringen. Bei einem Wahlsieg der Koalition werden die SPD-geführten Länder ihre Blockadehaltung im Bundesrat nicht länger durchhalten können.

Eine Steuerreform um der Reform willen einzugehen und Kompromisse zu Lasten von Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden, von arbeitsplatzerhaltenden und -schaffenden Unternehmen, Gewerbetreibenden und Selbständigen zu schließen, ist für die CDU ökonomisch und sozial nicht vertretbar. Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu fördern und nicht zu bestrafen. Deswegen ist es nicht akzeptabel, wenn die SPD aus einer Steuerreform eine Steuerumverteilung, aus einer Steuersenkung eine Steuererhöhung machen will. Ein solches Ergebnis würde unserer Volkswirtschaft schaden. Unser Ziel heißt: weniger Steuern, mehr Arbeitsplätze im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden.

SPD im Steuereilemma

Anspruch und Wirklichkeit der SPD-Steuerpolitik liegen meilenweit auseinander. Die Steuerzahler, vor allem der Mittelstand, werden umworben. Doch können sich Arbeitnehmer, Angestellte, Handwerker, Selbständige und Gewerbetreibende nicht auf die Versprechungen verlassen. Sie sind ungedeckte Schecks:

- Die SPD verspricht, die kleinen und mittleren Einkommensbezieher um 2500 DM zu entlasten. Tatsache ist jedoch: Ihr Wahlprogramm steht unter striktem Finanzierungsvorbehalt. Das heißt, was nicht finanzierbar ist, wird gestrichen. Wenn die Kassen aber leer sein sollen, wie die SPD behauptet, kann die Folge für die angebliche SPD-Steuerentlastung nur lauten: Außer leeren Versprechungen nichts gewesen.
- Die SPD behauptet, sie habe die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer abgeschafft. Tatsache ist jedoch, daß sie die Abschaffung seit Verwirklichung der Deutschen Einheit mehrfach verhindert und blockiert hat. Bei der Modernisierung des deutschen Steuersystems hätten wir bereits weiter sein können, wenn sich die SPD nicht an der Bewahrung von Vergangemem orientieren würde. **Fazit:** Außer ideologischer Verblendung nichts gewesen.
- Die SPD versucht, sich als Steuer- und Abgabensenkungspartei zu profilieren. Damit täuscht sie aber Bürger und Unternehmen. **Tatsache ist:** Die SPD hat seit der Deutschen Einheit immer wieder bewiesen, daß ihre erste Antwort auf neue Herausforderungen die Forderung nach immer höheren und neuen Steuern sowie milliardenschweren Ausgabenprogrammen für mehr Staat und weniger persönliche und wirtschaftliche Freiheit ist.

20 Beispiele aus dem Gruselkabinett sozialdemokratischer Vorschläge seit 1990:

- Einführung einer Ergänzungsabgabe
- Einführung einer Arbeitsmarktabgabe
- Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe
- Anhebung der Mineralölsteuer
- Anhebung der Mehrwertsteuer
- Einführung von Ökosteuern
- Erhöhung der Erbschaftsteuer
- Einführung einer Mindeststeuer
- Einführung von Denunziantenprämien
- Überwachung der Sparer durch Kontrollmitteilungen
- Kappung des Ehegattensplittings
- Rücknahme der Entlastungen bei den Unternehmensteuern, wie zum Beispiel der Senkung des Steuersatzes für gewerbliche Einkünfte
- Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Verlusten aus anderen als gewerblichen Einkünften — zu Lasten beispielsweise von Mietern
- Verschärfung der Besteuerung von Grund und Boden
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- Beibehaltung der Gewerbekapitalsteuer
- Sonderabgabe auf die Vermögensteuer
- Besteuerung von Kapitalströmen
- Einführung einer Schwerverkehrsabgabe
- Einführung einer Abfallabgabe.

Hinzu kommt das weitere Höherdrehen der Beiträge zur Sozialversicherung durch die Zurücknahme von Reformen. **Fazit:** Außer sozialdemokratischem Blendwerk für Bürger und Unternehmen nichts gewesen.

Fakten statt unseriöse Versprechungen

Die Versprechungen der SPD sind und bleiben unglaubwürdig. Die SPD zu wählen, bedeutet letztlich, noch mehr Steuern und Abgaben und weniger Arbeitsplätze zu wählen. Die SPD ist daher keine Alternative für die Steuer- und Abgabenzahler und auch nicht für den Mittelstand.

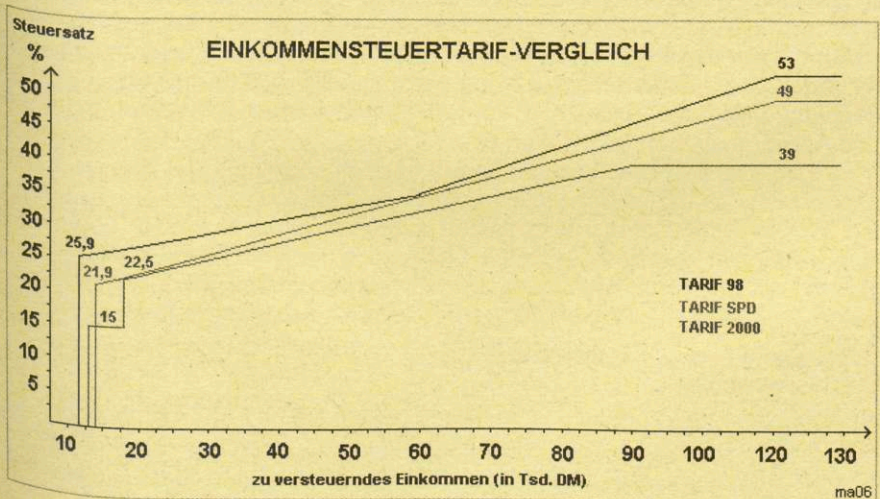
Die Steuerversprechungen der SPD bleiben ein Sammelsurium von Unklarheiten, Luftbuchungen und Milchmädchenrechnungen. Allein mit ihrer Blockadepolitik und ihrer fehlenden Kompromißbereitschaft hat die SPD gezeigt, daß sie kein ernsthaftes Interesse an einer durchgreifenden und wirklichen Steuerreform hat, die das Steuersystem niedriger, einfacher und gerechter gestaltet. Konkrete Aussagen werden durch Populismus ersetzt.

Die SPD verspricht:

Die Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer senken, das Kindergeld erhöhen und die Unternehmensteuersätze senken. Der Eingangssteuersatz soll von jetzt 25,9 Prozent in einem ersten Schritt auf 21,9 Prozent und der Höchststeuersatz von 53 auf 49 Prozent gesenkt werden. Das Kindergeld für das erste und zweite Kind soll um 30 DM angehoben werden.

Tatsache ist:

Das SPD-Steuerkonzept greift nach wie vor zu kurz. Der Vorschlag der CDU zur Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 15 Prozent sofort und nicht zu einem unbestimmten Zeitpunkt, wie es die SPD anstrebt, ist weitergehender. Auch der CDU-Vorschlag, den Höchststeuersatz auf 39 Prozent für nicht-gewerbliche Einkünfte zu senken, ist leistungsfreundlicher. Im übrigen ist der CDU-Tarif mittelfreundlich. Er liegt durchgehend unter dem leistungsfeindlichen SPD-Tarif. Von ihren Versprechungen der Senkung der Steuersätze und der Anhebung des Kindergeldes hat sich die SPD zugleich selbst verabschiedet, indem sie ihr Regierungsprogramm schon von vornherein unter einen strikten Finanzierungsvorbehalt stellt.



Die SPD verspricht:

Die Steuerreform solide zu finanzieren. Dazu will sie die Bemessungsgrundlage verbreitern und den Schwerpunkt in die Beseitigung ungerechtfertigter Steuervergünstigungen legen. Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen sollen objektiviert werden.

Tatsache ist:

Konkrete Vorschläge zum Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und zur Streichung von Ausnahmen bei allen Einkunftsarten bleibt die SPD schuldig. Nur im Unternehmensbereich hat sie Vorschläge gemacht, um Mehrbelastungen zur Finanzierung ihres Umverteilungskonzeptes zu erzielen. Wer steuerlich seriös und konsequent handeln will, muß aber alle Einkunftsarten einbeziehen und klare, verlässliche Vorschläge machen.

Ein einseitiger Abbau von steuerlichen Vergünstigungen im Unternehmensbereich geht letztlich zu Lasten von Arbeitsplätzen. Wenn sich Investitionen nicht mehr rechnen, werden neue Arbeitsplätze nicht geschaffen und bestehende gefährdet. Wer seinen Arbeitsplatz durch eine wirtschaftsfeindliche und unsoziale SPD-Steuerpolitik verliert oder wem die Perspektive auf einen Arbeitsplatz genommen wird, profitiert auch nicht von den angeblich hohen Steuersenkungsversprechungen der SPD. Wer keine Einkünfte erzielt, kann auch nicht entlastet werden.

Die SPD verspricht:

Die Steuerhinterziehung konsequenter zu bekämpfen.

Tatsache ist:

Wie dies erreicht werden kann, hat die SPD bisher offen gelassen, um damit Überlegungen zu kaschieren, die Bürger möglicherweise mit Kontrollmitteilungen und Denunziantenprämien zu gängeln. Die SPD scheut nicht davor zurück, hierfür eine Luftbuchung in ihr Steuerkonzept in Höhe von fünf Milliarden DM einzuplanen. Steuerhinterziehung wird gerade bei niedrigen Steuersätzen und weniger Vergünstigungen und Ausnahmen unattraktiv. Wenn die rechtlichen Risiken der Steuervermeidung höher sind als eine mögliche Steuerersparnis, lohnt es sich nicht, sich unehrlich zu verhalten. Deshalb muß an den Ursachen und nicht an den Symptomen angesetzt werden. Wer ein einfacheres und gerechteres Steuersystem haben will, der muß die Steuersätze für alle über den gesamten Tarifbereich deutlich spürbar senken und zugleich steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen konsequent bei allen Einkunftsarten abbauen. Hierzu ist die SPD bislang nicht bereit.

Die SPD verspricht:

Eine Mindestbesteuerung einzuführen und die steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten aus anderen als gewerblichen Einkünften zu begrenzen. Die SPD will damit angeblich erreichen, „daß sich gutverdienende Abschreibungskünstler nicht wie bisher der Besteuerung entziehen können“.

Tatsache ist:

Dieser Vorschlag ist ökonomischer Unsinn und verfassungsrechtlich bedenklich. Das Steuerrecht würde durch die Einführung einer Mindeststeuer nicht einfacher, wie es die SPD angeblich anstrebt, sondern noch komplizierter. Ein umfassender Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen bei gleichzeitig niedrigen Steuersätzen macht dagegen eine weitere Verkomplizierung des Steuerrechtes überflüssig.

Im übrigen sind Abschreibungen keine steuerliche Vergünstigung, sondern Kosten der Einkommenserzielung und deshalb gemäß dem Nettoprinzip bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abziehbar. Zur steuerlichen Vergünstigung werden sie erst dann, wenn der Gesetzgeber es ermöglicht, daß bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens höhere als die durch Verschleiß bedingten Abschreibungen, so zum Beispiel Sofortabschreibungen und Sonderabschreibungen, angesetzt werden dürfen. Um solche Fördertatbestände – wie dies in der Vergangenheit aus wirtschaftspolitischen Gründen geschehen ist – in das Einkommensteuergesetz zu bringen, ist eine breite politische Mehrheit erforderlich, zu der – etwa beim Fördergebietsgesetz – auch die SPD ihre Zustimmung erteilt hat. Es ist deshalb heute unredlich, diejenigen als „Abschreibungskünstler“ an den Pranger zu stellen, die die damals geschaffenen Fördertatbestände nutzen und damit das tun, was zuvor als wirtschaftspolitisch wünschenswert erklärt worden ist, zum Beispiel im Wohnungsbau in den neuen Bundesländern zu investieren.

Die Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen führt auch keineswegs dazu, daß sich die Nutznießer der Besteuerung entziehen können. Denn die Steuerzahlung wird für sie lediglich zeitlich verschoben. Kein Kapitalgut kann nach der geltenden steuerlichen Regelung nämlich zu mehr als 100 Prozent des Anschaffungswertes über die Nutzungszeit hinweg abgeschrieben werden. Wer also Sonderabschreibungen in den ersten Jahren nach der Anschaffung geltend macht, zahlt zunächst zwar weniger, in den späteren Jahren dafür entsprechend mehr Steuern. Dies führt zu einem Zins- und einem Liquiditätsvorteil, aber über die Zeit gesehen nicht zur Senkung der gesamten Steuerbelastung.

Die SPD verspricht:

Eine Besteuerung sehr hoher Privatvermögen einzuführen.

Tatsache ist:

Die SPD räumt inzwischen ein, daß die Erhebung der Vermögensteuer auf „Betriebsvermögen“ sich nicht verfassungskonform regeln läßt. Wenn die SPD nun eine Vermögensteuer nur auf Privatvermögen einführen will, verschweigt sie, daß das Bundesverfassungsgericht Grenzen der Besteuerung nicht nur nach unten eingezogen hat, sondern auch nach oben. So darf die Vermögensteuer zu den übrigen Steuern auf den Ertrag nur hinzutreten, wenn die steuerliche Gesamtbelastung in der Nähe einer hälftigen Teilung zwischen privater und öffentlicher Hand verbleibt.

Die von der SPD durch die Einführung einer Besteuerung von hohem Privatvermögen eingeplanten Einnahmen sind völlig illusorisch. Die Vermögensteuer auf Betriebs- und Privatvermögen erbrachte zuletzt rund 9 Milliarden DM im Jahr. Davon entfielen nahezu zwei Drittel auf Betriebsvermögen. Wie dann allein vom verbleibenden Privatvermögen rund 8 Milliarden DM erzielt werden sollen, ist unklar. Der Wegfall der arbeitsplatz-, investitions- und technologiefeindlichen Vermögensteuer ist auch ein erheblicher Beitrag zur Steuervereinfachung. Die Vermögensteuer zählte zu den verwaltungsaufwendigsten Steuern.

Für den Wegfall der Vermögensteuer haben die Länder – dies wird von der SPD gerne vergessen – in angemessenem Umfang ein Ausgleich erhalten. Um überhöhte Erhebungskosten zu vermeiden, wurde die „private“ Vermögensteuer – auch dies verschweigt die SPD – mit der Erbschaftsteuer zusammengefaßt. Vermögen werden auch künftig besteuert – nur nicht mehr über die verfassungswidrige Vermögensteuer, sondern über die stärkere Besteuerung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Hohe Vermögen bleiben somit auch heute schon von der Besteuerung nicht verschont.

SPD-Steuerkonzept: Blendwerk für Bürger und Unternehmen

Den Entlastungen für kleinere Einkommen und Familien stehen massive Mehrbelastungen – so auch die Anhebung der Mineralölsteuer unter dem Deckmantel einer ökologischen Steuerreform – entgegen. Denn nach wie vor verweigert sich die SPD einer Nettoentlastung aller Steuerzahler. Wenn die SPD den Rückgang der steuerlichen Belastung von Unternehmensgewinnen als ungerecht kritisiert, können damit Unternehmen, mittelständische Betriebe, Gewerbetreibende, Selbständige und Freiberufler nicht mit einer wirklichen steuerlichen Entlastung rechnen, auch wenn die Steuersätze bei der Körperschaftsteuer und bei der Einkommensteuer auf gewerbliche Einkünfte sinken sollten.

Durch Umverteilung zu Lasten derjenigen, die Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, werden gerade Arbeitsplätze gefährdet. Es ist sozial ungerecht, wenn den Arbeitnehmern und Arbeitslosen Perspektiven auf sichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verschlossen werden. Sie werden nichts von den Versprechungen der SPD haben. Denn wenn Arbeitsplätze entfallen, können die betroffenen Arbeitnehmer auch nicht mehr entlastet werden. Arbeitnehmer und Arbeitslose werden damit die Zeche des unseriösen SPD-Steuerkonzeptes zahlen.

Im Interesse der Arbeitnehmer und vor allem auch der Arbeitssuchenden in Deutschland ist daher eine umfassende und tiefgreifende Steuerreform notwendig, die die Wachstumsdynamik der Wirtschaft stärkt, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhält und neue schafft.